

Stand: 20.04.2026 06:18:43

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22213

"Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22213 vom 05.04.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/22995 des BI vom 28.04.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23262 vom 22.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 22.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Beginn des kommenden Schuljahres 2022/2023 wird für viele im jetzigen Frühjahr geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine die Schulpflicht in Bayern greifen. Hierfür müssen bereits jetzt die ersten wichtigen Schritte eingeleitet werden, dass alle Beteiligten im Herbst bestmöglich darauf vorbereitet sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich und mündlich über ihr Konzept für das kommende Schuljahr zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Pläne des Ausbaus der Programme SPRINT (Sprache intensiv) und InGym (Integration am Gymnasium) bzw. ReG_In_flex (regionale flexible Integration am Gymnasium) sind geplant, um auch vermehrt geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler an Realschulen und Gymnasien aufzunehmen?
- Welche Überlegungen gibt es, dass ukrainische Schülerinnen bzw. Schüler, die dieses Jahr ihren Abschluss absolviert hätten, ihre Prüfung dieses Jahr hier in Bayern nachholen/absolvieren können?
- Welche Pläne gibt es für die unkomplizierte Anerkennung der ukrainischen Abschlüsse von geflüchteten Lehrkräften für das kommende Schuljahr?
- Wird die Ausnahmeregelung für ukrainische Lehrkräfte zur Vorlage eines Führungszeugnisses für den Herbst weiter gelten?
- Werden die Mittel im Staatshaushalt für Drittkräfte erhöht, um dem steigenden Bedarf an zusätzlichem Lehr-/und Betreuungspersonal gerecht zu werden?
- Inwiefern beabsichtigt die Staatsregierung, den Teilungsfaktor für Regel- und Deutschklassen im kommenden Schuljahr zu erhöhen?
- Nach welchem Lehrplan sollen die geflüchteten Schülerinnen bzw. Schüler ab dem kommenden Schuljahr unterrichtet werden?

Begründung:

Aufgrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine sind tausende Menschen auf der Flucht. Darunter besonders viele Kinder und Jugendliche. Für viele stand das Abitur kurz bevor, das sie nun in der Ukraine nicht mehr ablegen können. Diese Schülerinnen bzw. Schüler müssen unterstützt werden, und es muss ihnen ermöglicht werden, dass

sie ihr ukrainisches Abitur schreiben können. Außerdem müssen bereits jetzt Vorkehrungen für den Beginn des nächsten Schuljahres getroffen werden. Bisher stellen die Deutschklassen an den Mittelschulen das Regelangebot für Seiteneinsteiger ohne ausreichende Deutschkenntnisse dar. Gerade das Angebot InGym für Schülerinnen bzw. Schüler ohne ausreichend Deutschkenntnisse ist so konzipiert, dass nur wenige Schülerinnen bzw. Schüler daran teilnehmen können. Darum müssen die Programme für Schülerinnen bzw. Schüler mit nur wenigen Deutschkenntnissen an den Realschulen und Gymnasien deutlich ausgebaut werden. Ebenso müssen die Hürden für die Einstellung von geflohenen Lehrkräften auch für das kommende Schuljahr abgebaut werden. Es wird auch in sechs Monaten für eine Lehrkraft aus der Ukraine nicht möglich sein, zum Beispiel ein Führungszeugnis vorzulegen. Hier müssen auch für das nächste Schuljahr unkomplizierte Übergangslösungen gefunden werden. Ebenso braucht es die Einstellung von Drittkräften. Doch damit man hier ausreichend Personal gewinnen kann, muss langfristiger gedacht werden. Die Anstellungen dürfen nicht prekär sein, sondern müssen Sicherheit bieten und angemessen entlohnt werden. Zudem sind die Töpfe der Regierungen bereits jetzt ausgeschöpft.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/22213

**Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte
schaffen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Gabriele Triebel**
Mitberichterstatler: **Prof. Dr. Gerhard Waschler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 58. Sitzung am 28. April 2022 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/22213, 18/22995

Geeignete Strukturen für geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler und Lehrkräfte schaffen

Zu Beginn des kommenden Schuljahres 2022/2023 wird für viele im jetzigen Frühjahr geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine die Schulpflicht in Bayern greifen. Hierfür müssen bereits jetzt die ersten wichtigen Schritte eingeleitet werden, dass alle Beteiligten im Herbst bestmöglich darauf vorbereitet sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich und mündlich über ihr Konzept für das kommende Schuljahr zu berichten und folgende Fragen zu beantworten:

- Welche Pläne des Ausbaus der Programme SPRINT (Sprache intensiv) und InGym (Integration am Gymnasium) bzw. ReG_In_flex (regionale flexible Integration am Gymnasium) sind geplant, um auch vermehrt geflüchtete Schülerinnen bzw. Schüler an Realschulen und Gymnasien aufzunehmen?
- Welche Überlegungen gibt es, dass ukrainische Schülerinnen bzw. Schüler, die dieses Jahr ihren Abschluss absolviert hätten, ihre Prüfung dieses Jahr hier in Bayern nachholen/absolvieren können?
- Welche Pläne gibt es für die unkomplizierte Anerkennung der ukrainischen Abschlüsse von geflüchteten Lehrkräften für das kommende Schuljahr?
- Wird die Ausnahmeregelung für ukrainische Lehrkräfte zur Vorlage eines Führungszeugnisses für den Herbst weiter gelten?
- Werden die Mittel im Staatshaushalt für Drittkräfte erhöht, um dem steigenden Bedarf an zusätzlichem Lehr-/und Betreuungspersonal gerecht zu werden?
- Inwiefern beabsichtigt die Staatsregierung, den Teilungsfaktor für Regel- und Deutschklassen im kommenden Schuljahr zu erhöhen?
- Nach welchem Lehrplan sollen die geflüchteten Schülerinnen bzw. Schüler ab dem kommenden Schuljahr unterrichtet werden?

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das gesamte Haus zu sein. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten.

12. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag
„Erkenntnisse aus zwei Jahren Coronakrise aufarbeiten, Erfahrungen für zukünftige Entscheidungen nutzbar machen.“
Drs. 18/22450, 18/23156 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag
Drs. 18/22451, 18/23157 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Martin Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ukraine, Georgien und Moldau –
Tatkräftige Partnerschaft für eine europäische Perspektive
Drs. 18/22525, 18/23116 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.